

Antworten des freiheitlichen EU-Spitzenkandidaten Dr. Hans Kronberger auf die Fragen von „Wir sind Europa“

1) Für besonders wichtig halte ich die Ausweitung der Entscheidungsbefugnisse des Europäischen Parlaments, die Verankerung der Charta der Grundrechte, die Möglichkeit eines Bürgerbegehrens, die Austrittsklausel oder das Klagerecht nationaler Parlamente wegen der Verletzung des Subsidiaritätsprinzips. Das alles sind wichtige Schritte auf dem Weg zu einer Demokratisierung der Union, die für uns eine zentrale Zukunftsfrage ist.

2) Ich würde den Tierschutz in der Verfassung verankern, und ich würde den EURATOM-Vertrag aus dem Verfassungsanhang herausnehmen. EURATOM soll grundlegend reformiert, unter demokratische Kontrolle gestellt und mit einem Ablaufdatum versehen werden.

3) Wichtigste Aufgabe der nächsten fünf Jahre ist die Bewältigung der wirtschaftlichen, politischen und sozialen Herausforderungen, die mit der Erweiterung gegeben sind.

4) Der Tierschutz sollte auf europäischer Ebene geregelt und als politisches Ziel der Union verankert werden; eine Rückverlagerung von Kompetenzen halten wir zum Beispiel in gewissen Bereichen der Agrarpolitik für sinnvoll.

5) Die Freiheitlichen halten eine Abgabe von Steuerkompetenzen nach Brüssel zum derzeit nicht für sinnvoll.

6) Die EU muss danach trachten, sich wirtschaftlich gegenüber den übrigen Global Players zu behaupten. Zugleich soll die Union einen Gegenpol zu imperialistischen Bestrebungen bilden und eine aktive friedenspolitische Rolle übernehmen.

7) Ich bemühe mich bei meiner politischen Arbeit um intensiven direkten Bürgerkontakt und lade auf meiner Homepage, sooft ich an Gesetzesprojekten beteiligt bin, zur „Mitarbeit“ in Form von Anregungen und Kritik ein. Generell setze ich mich für eine stärkere Bürgerbeteiligung bei europäischen Entscheidungsprozessen ein. Mehr Mitsprache von seiten der Bürger würde auch das Interesse der Bevölkerung an der EU verstärken.

8) Eine echte gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik ist derzeit angesichts der so unterschiedlichen Interessen der einzelnen Mitgliedstaaten nicht absehbar. Als Parlamentarier sind meine Möglichkeiten, auf diese Entwicklung Einfluss zu nehmen, begrenzt.

9) Ich bin aus mehreren Gründen gegen die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der Türkei: Erstens werden die Menschenrechte in der Türkei in der Praxis nach wie vor mit Füßen getreten, Menschenrechtsverletzungen der Vergangenheit werden nicht aufgearbeitet; zweitens könnte die Union einen Beitritt in den nächsten Jahren wirtschaftlich nicht verkraften; drittens könnte ein Türkei-Beitritt die soziale Stabilität Europas gefährden. Die Grenzen der EU sehe ich immer dort, wo die EU aufhört, als wirtschaftliches, politisches, aber auch wertebasiertes Gebilde sinnvoll zu funktionieren. Daher trete ich auch für einen generellen Erweiterungsstopp ein. Die

Union soll in den nächsten Jahren auf Vertiefung statt auf weitere Erweiterung setzen.